

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2017 | Nummer 2



USA/Schweiz: Die Credit Suisse und die umstrittene Pipeline

## Dakota Access Pipeline: Trump, CS und jede Menge Proteste

*Die weltweiten Proteste gegen die Erdöl-Pipeline von North Dakota nach Illinois nahe am Indigenenreservat der Standing Rock Sioux haben während gut einem Jahr für Schlagzeilen gesorgt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) machte bekannt, dass auch die Schweizer Banken UBS und Credit Suisse beim umstrittenen Projekt eine wesentliche Rolle spielen und reichte schliesslich beim Nationalen Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze eine Beschwerde gegen die CS ein.*

«No business without human rights»: Mit diesem Slogan auf einem Banner, mit Flugblättern und farbigen Federn machte die GfbV Anfang April die Aktionärinnen und Aktionäre der Credit Suisse vor dem Zürcher Hallenstadion auf die problematische Rolle der Bank

bei der umstrittenen North Dakota Access Pipeline in den USA aufmerksam. Denn weil die CS bei deren Finanzierung eine federführende Rolle spielt, macht sie sich aus Sicht der GfbV mitverantwortlich für bisherige Menschenrechtsverletzungen und künftige Gefahren für die Umwelt. Die GfbV gab während der Aktionärsversammlung bekannt, dass sie gegen die CS beim Nationalen Kontaktpunkt (NCP) für die OECD-Leitsätze eine Beschwerde eingereicht hat.

### Indigene nicht konsultiert

Der Protest gegen die geplante Dakota Access Pipeline erreichte letztes Jahr einen Höhepunkt, als sich im Herbst bis zu Zehntausend Indigene und Aktivisten aus unzähligen Ländern in den Protestcamps versammelten. Die Sicherheitskräfte gingen mit Härte gegen



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



die unbewaffneten und weitestgehend friedlichen Demonstranten vor. Vor Ort stellte der zuständige UN-Sonderberichterstatter «unmenschliche und erniedrigende Haftbedingungen» fest. Zwar stoppte Präsident Obama das Projekt vorübergehend, um eine umfassendere Umweltstudie durchzuführen. Als jedoch im Januar 2017 Donald Trump das Präsidentenamt übernahm, dauerte es keine Woche, bis er den Bau der Pipeline trotz laufender Gerichtsverfahren durchsetzte.

Die Gründe für den Widerstand gegen das Projekt sind vielfältig: Ein Leck in der Pipeline würde die gesamte Trinkwasserversorgung des Reservats und weiterer 17 Millionen Menschen flussabwärts verseuchen. Zudem führt die Pipeline quer durch einen Friedhof und weitere heilige Stätten der Indigenen. Diese hätten gemäss der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker als Direktbetroffene frei, vorgängig und informiert ihre Zustimmung zum Projekt geben müssen. Doch sie wurden nicht konsultiert und ihre Proteste wurden – im Gegensatz zu jenen anderer Betroffener – nicht ernst genommen.

### Banken müssen handeln

Im Kontext dieser Ölpipeline spielen auch die Banken eine entscheidende Rolle, unter ihnen UBS und Credit Suisse. Obwohl nicht direkt in die Projektfinanzierung involviert, haben sie den Baufirmen des Projekts Kreditlinien von Hunderten Millionen gewährt und verwalten Aktienpakete in ähnlichem Wert. Bei Gesprächen zwischen der GfbV, Greenpeace und den Nachhaltigkeitsabteilungen beider Banken haben letztere immer wieder betont, dass man sich der Problematik bewusst sei und keine Projekte unterstütze, welche die Menschenrechte verletzen oder grosse

Umweltschäden verursachen. Eine Petition der GfbV mit rund 6500 Unterschriften wurde im Dezember 2016 von den Banken entgegengenommen. Daher kam es wie ein Schlag ins Gesicht, als bekannt wurde, dass die CS im Januar und Februar 2017 entgegen besseren Wissens ihre Geschäftsbeziehungen zu den beteiligten Firmen intensivierte: Die CS sprach nicht nur weitere Kreditlinien, sie übernahm zudem verschiedene Verwaltungstätigkeiten. Andere Banken hingegen hatten in der Zwischenzeit ihre Aktien abgestossen, die Kredite verkauft oder sich zumindest öffentlich vom Projekt distanziert.

### GfbV reicht Beschwerde ein

Durch ihre andauernden und intensivierten Geschäftsbeziehungen zu den verantwortlichen Firmen verletzt die CS laut Ansicht der GfbV ihre eigenen Richtlinien zur Unternehmensverantwortung. Diese halten fest, dass die CS keine Öl- und Gasfirmen berät oder finanziert, wenn Menschenrechtsverletzungen oder Gewalt gegen indigene Gemeinschaften vorliegen. Zudem sieht die GfbV diverse internationale Standards zu Wirtschaft und Menschenrechten missachtet. Aus diesem Grund hat sie beim Nationalen Kontaktpunkt der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) eine Beschwerde gegen die Credit Suisse eingereicht. Damit soll die Bank dazu gebracht werden, ihre Entscheidungsträger an den Verhandlungstisch zu schicken, ihre Richtlinien betreffend Menschenrechte und Umwelt zu befolgen und diese so anzupassen, dass die Bank künftig aus problematischen Projekten aussteigen kann.

*Text: Julia Büsser, Kampagnenleiterin Wirtschaft & Indigenenrechte*



Foto: © GfbV

Die GfbV hat zusammen mit Partnerorganisationen und Einzelaktivisten verschiedene Aktionen in Bern, Basel und Zürich unterstützt.



Foto: © zVg

## IM WIDERSTAND GEGEN DIE NORTH DAKOTA ACCESS PIPELINE

**Der 50-jährige Sozialarbeiter Roberto Lopez interessiert sich schon seit Jahren für die Sioux-Indigenen Nordamerikas und reiste mit seiner Partnerin mehrmals in die USA, um indigene Reservate zu besuchen. Er mobilisierte erfolgreich gegen die North Dakota Access Pipeline.**

Sobald klar wurde, dass Credit Suisse und UBS Geschäftsbeziehungen zu den Baufirmen der Pipeline pflegen, wussten Roberto und seine Partnerin: «Wir müssen etwas dazu unternehmen.» Um die Öffentlichkeit auf die Menschenrechtsverstösse aufmerksam zu machen, mobilisierten sie unzählige Einzel-Aktivistinnen und Aktivisten und veranstalteten im Dezember 2016 eine Kundgebung gegen die Kreditlinien und Aktienpakete, welche CS und UBS den verantwortlichen Firmen gewährt hatten. Diese Kundgebung löste ein kleines Medienecho aus, durch welches die GfbV und andere Organisationen auf das Engagement der Einzel-Aktivistinnen aufmerksam wurden.

«Der Kontakt zu weiteren Aktivistinnen und positives Feedback von NGOs gab mir den Mut, im Februar 2017 eine zweite Kundgebung in Basel zu organisieren», blickt Roberto Lopez zurück. Die Standdemonstration vor dem UBS-Hauptgebäude lockte engagierte Menschen aus der ganzen Schweiz an und wurde von allen Medien aufgenommen.

Roberto gelang es im April 2017, eine dritte Kundgebung auf die Beine zu stellen, nachdem weltweit Neuigkeiten über die federführende Rolle der CS bei der Finanzierung und Beratung der für den Bau der Pipeline verantwortlichen Firmen bekannt wurden. Diese Aktion zog ein durchmisches Publikum und Aktivistinnen und Aktivisten wie auch politische Gruppen an. Somit hatten Roberto und seine Mitstreitenden ihr Ziel erreicht, die Öffentlichkeit via die Medien zu informieren.

Zurzeit seien keine weiteren Demonstrationen geplant, aber für Roberto ist klar: «Der Widerstand gegen die CS und UBS ist noch lange nicht vollendet. Solange Schweizer Banken Geschäftsbeziehungen zu den Baufirmen der Pipeline pflegen, sind wir dazu verpflichtet, uns gegen Menschenrechtsverstösse einzusetzen.»

Text: Vanessa Salamanca, Praktikantin Kommunikation



## Editorial

Seit mehr als einem Jahr dauern die Proteste von Indigenen, Aktivistinnen und Aktivisten gegen die North Dakota Access Pipeline. Nicht nur in den Protestcamps vor Ort, sondern auf der ganzen Welt setzen sich unzählige Personen ein – auch in der Schweiz; mit zahlreichen Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Solidaritätsanlässen. Denn mittendrin bei diesem Pipeline-Projekt sind auch die Schweizer Grossbanken UBS und vor allem die Credit Suisse. Trotz bestätigter Menschenrechtsverletzungen vor Ort und mehrerer laufender Gerichtsverfahren gegen die Pipeline werden die Baufirmen weiter finanziert und sogar noch neues Geld gesprochen. Die GfbV macht auf verschiedene Arten Druck auf die Banken, damit diese bei ihren Investitionen auch die Menschenrechte und nicht nur den Profit vor Augen haben. «No business without human rights»: Diese Botschaft haben wir der CS auch an ihrer Aktionärsversammlung überbracht und den Aktionären deutlich aufgezeigt, wie die Bank gegen interne und internationale Richtlinien verstösst (Seiten 1-5).

In Sri Lanka haben unzählige Menschen ihre Häuser, ihre landwirtschaftlichen Anbaugelände oder Fischfanggebiete aufgrund des Krieges oder Wirtschaftsentwicklung verloren. Ihr traditionelles Land wird vom Militär oder Unternehmen besetzt, was für viele den Verlust ihrer traditionellen Existenzgrundlage bedeutet. Im April nahmen 50 Betroffene an einem Workshop der GfbV in Jaffna teil und lernten voneinander, wie sie sich wehren können (Seite 6).

Während 16 Jahren hat Ruth-Gaby Vermot die GfbV als Präsidentin begleitet und gesteuert - professionell, engagiert und mit Herzblut. Dank ihr entwickelte sich die GfbV zu einer Menschenrechtsorganisation, die breit wahrgenommen und respektiert wird. Nun verabschiedet sie sich und blickt im Interview auf Seite 8 in Vergangenheit und Zukunft.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Julia Büsser, Kampagnenleiterin Wirtschaft & Indigenenrechte

## IMPRESSUM

VOICE 2-2017, Mai 2017 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Dominique Schärer, Julia Büsser, Martin Wanner, Vanessa Salamanca, Yves Bowie **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.-/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.-/Jahr **Titelbildfoto:** Facebook-Seite «No Spiritual Surrender»

# NORTH DAKOTA ACCESS PIPELINE – GESCHICHTE EINES UMSTRITTS



Erste Protestcamps gegen den Bau der North Dakota Access Pipeline (DAPL) werden errichtet.



Die Landverwaltungsbehörde kündigt an, die Bauarbeiten auf staatlichem Land zu unterbrechen, bis weitere Abklärungen gemacht werden.

● April 16

● September 16

● November 16



● November 16



Bauarbeiten werden nach massiven Protesten und einem Aufruf der UN-Sonderberichterstatterin über die Rechte indigener Völker, Tauli Corpuz, angehalten, aber kurz darauf fortgesetzt.



Trotz Minustemperaturen finden erneute Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften statt.

## Folgende Aktivitäten führte die GfbV durch



★ 18. 11. 16

Die GfbV verschickt eine erste Medienmitteilung zum Thema Standing Rock, worauf sie ein erstes Telefonat mit der UBS-Nachhaltigkeitsabteilung führen kann und eine Einladung zum Gespräch erhält. Dazu schaltet die GfbV eine NoDAPL Petitions-Webseite auf.



★ 30. 11. 16

Die GfbV und Greenpeace verschicken Briefe an den Chief Risk Officer der CS und der UBS.



★ 8. 12. 16

Ein Gespräch zwischen der GfbV, Greenpeace und Vertretern der Nachhaltigkeitsabteilung der CS findet in Zürich statt.

# ENEN PROJEKTS



Gemäss einer offiziellen Absichtserklärung soll eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung zu DAPL erstellt werden.



Infolge einzelner Distanzierungen vom Projekt in den letzten Monaten kündigt nun eine grosse Gruppe von Investoren ihren Rückzug an, sollte die ursprüngliche Pipeline-Route beibehalten werden.



● Januar 17

● Januar 17

● Februar 17

● März 17



Präsident Trump unterzeichnet ein Präsidial-Memorandum an die Landverwaltungsbehörde und fordert die sofortige Fortsetzung des Pipeline-Bauprojekts.



Die UN-Sonderberichterstatterin über die Rechte indigener Völker kritisiert die Geschehnisse um DAPL sowie das Memorandum von Präsident Trump und bezeichnet die Umweltstudie als unzureichend und lückenhaft.

## 6500 ★ 21. 12. 16

Auf dem Paradeplatz in Zürich finden eine Aktion und die Übergabe von fast 6500 Unterschriften an die Chefs der Nachhaltigkeitsabteilungen von UBS und CS statt. Über die nächsten vier Monate folgen mehreren Aktionen in Zürich, Basel und Bern, wo die GfbV jeweils eine Ansprache hält oder auf die Situation hinweist.

NO  
BUSINESS  
WITHOUT  
HUMAN  
RIGHTS

## ★ 28. 4. 17

Zum Anlass der CS-Aktionärsversammlung macht die GfbV mit einem Banner «No business without human rights» und Flugblättern die Aktionäre und Aktionärinnen auf die problematische Rolle der Bank bei der umstrittenen North Dakota Access Pipeline aufmerksam. An der AV gibt die GfbV ein Statement und reicht beim Nationalen Kontaktpunkt (NCP) für die OECD-Leitsätze eine Beschwerde ein.



## Proteste für Landrechte zeigen Wirkung



Foto: ©Yes, Bowie, GfBV

Frauen protestieren Tag und Nacht für ihr Land in Mullikulam

**In Sri Lanka hält das sri-lankische Militär auch acht Jahre nach Kriegsende grosse Landabschnitte im mehrheitlich von Tamilinnen und TAMILen bewohnten Norden und Osten der Insel besetzt. Die Lokalbevölkerung hat dort keinen Zugang zu ihren Häusern, zu ihrem landwirtschaftlichen Anbaugelände und zu ihren Fischgründen in Meer oder Lagune. An mehreren Orten hat diese Situation in diesem Jahr zu Protesten geführt, mit denen meist die Frauen ihr Land zurückfordern: an mehreren Orten mit Erfolg.**

In Pilakudiyiruppu, einem Dorf im Norden Sri Lankas, haben die Proteste für Landrechte ihren Anfang genommen. Am 31. Januar hatte die ehemalige Dorfbewohnerin Sathees Kaushalya genug von den Verdrängungen des Militärs, welche die Rückgabe ihres Landes immer wieder verzögerten und dort ein Luftwaffen-Camp betreibt. Sie beschloss daher, vor dem Camp sitzen zu bleiben, bis sie sich wieder auf ihrem eigenen Land frei bewegen kann. Mehrere Frauen setzten sich dazu und der Protest nahm so seinen Lauf. Nur wenige Tage später taten es ihnen die Frauen im nebenan gelegenen Puthukudiyiruppu gleich. Eine Bewegung war geboren.

### Landrückgaben dank Menschenrechtsrat

Die Frauen sowie wenige Männer schliefen auf dem jeweiligen Protestgelände und schrieben ihre Forderungen auf Banner, welche das Gelände zierten.

Sie verschickten Briefe an Regierung, Lokalbehörden und Militär, und informierten Medienschaffende sowie Aktivistinnen und Aktivisten über die Probleme und Forderungen. Als dann der Menschenrechtsrat Ende Februar in Genf begann, erhöhte dies den Druck auf die sri-lankische Regierung. Denn Sri Lanka erfuhr dort erhöhte Aufmerksamkeit, da die Umsetzung der Resolution 30/1 zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen beurteilt wurde. Da man schliesslich vor der internationalen Gemeinschaft als positives Beispiel der Demokratisierung erscheinen wollte, versprach Sri Lanka, die Landproblematik zu lösen. Und tatsächlich: Während der ersten Woche des Menschenrechtsrates wurden Teile des besetzten Gebietes in Pilakudiyiruppu und Puthukudiyiruppu der tamilischen Bevölkerung wieder zurückgegeben. Ein Erfolg, der sich schnell herumsprach. Sowohl im Nachbardorf Keppapulavu als auch in Mullikulam bei Mannar im Nordwesten begannen daraufhin Proteste für Landrechte.

### Traditionelles Land statt «Model Village»

In Keppapulavu fordern 138 Familien ihr Land zurück. Sie wohnen derzeit in einem vom Militär gebauten «Model Village». Dort können sie aber weder Landwirtschaft noch Fischerei betreiben. Die zur Verfügung gestellte Fläche ist zu klein und der Zugang zur Lagune vom Militär versperrt. Die Bauern und Fischer haben daher ihre traditionelle Existenzgrund-

lage verloren. Das Militär verkauft sogar Kokosnüsse, welche von den Anwohnern gepflanzt wurden, am lokalen Markt. Dies bedeutet, dass die Lokalbevölkerung ihre eigenen Kokosnüsse kaufen muss, anstatt sie selbst zu pflücken. Die Protestierenden fordern aus all diesen Gründen ihr Land und den Zugang zur Lagune zurück.

### Elf Jahre «Flüchtlingsleben» sind genug

Sinnapu Anthonia Vaas war eine der Frauen, welche den Protest in Mullikulam bei Mannar im Nordwesten begann. Sie und ihre Familie wurden 2007 von der Marine von ihrem Land vertrieben. Nachdem sich während Jahren trotz Versprechungen nichts bewegte, begannen die Frauen von Mullikulam am 23. März mit dem Protest vor dem Haupteingang des Marinecamps. Nach 38 Tagen kam die Erlösung, indem sich die Marine bereit erklärte, Teile des Landes der tamilischen Bevölkerung zurückzugeben. Die Freude war riesig bei der Dorfbewölkerung von Mullikulam. Allerdings haben die Erfahrungen von Pilakudiyiruppu und Puthukudiyiruppu gezeigt, dass Landrückgaben alleine nicht reichen. In beiden Orten wurden alle Häuser zerstört und die Landschaft gleicht einem Urwald. Es braucht daher zusätzliche Unterstützung der Regierung, damit die Bevölkerung den Wiederaufbau bewältigen kann.

👁️ Zum Portrait der Aktivistin Sinnapu Anthonia Vaas: [www.oceangrabbing.ch](http://www.oceangrabbing.ch)

GfbV-Workshop zeigt Handlungsmöglichkeiten auf

## Betroffene von Landraub verabschieden die «Nallur Deklaration»



Foto: © Yves Bowie, GfbV

Die Aktivistin Kaushalya aus Pilakudiyiruppu präsentiert die Nallur Deklaration den Medien.

**Vom 2. bis 4. April 2017 nahmen rund 50 Personen in Jaffna an einem Workshop der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) teil. Die von Landraub betroffenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften der Insel. Sie fassten ihre Forderungen in der «Nallur Deklaration» zusammen und präsentierten diese den Medien.**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops aus zwölf verschiedenen Regionen Sri Lankas haben ihre Häuser, ihre landwirtschaftlichen Anbaugelände oder Fischfanggebiete aufgrund des Krieges oder Wirtschaftsentwicklung verloren. Ihr traditionelles Land wird vom Militär oder Unternehmen besetzt, was für viele den Verlust ihrer traditionellen Existenzgrundlage bedeutet. Es war der erste Workshop dieser Art und mit dem Ziel, gemeinsame Forderungen zu formulieren, voneinander zu lernen und sich untereinander zu vernetzen.

### Workshop führte auch zu einer Art Versöhnung

Für einige tamilische Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es höchst erstaunlich zu hören, dass auch muslimische und singhalesische Gemeinschaften mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben. Alle hörten jeweils gespannt zu, wenn jemand die Probleme seiner Region präsentierte. Einige Betroffene forderten auch andere heraus, indem sie betonten, dass man sich nicht auf Politiker und Organisationen verlassen kann, sondern selbst aktiv werden muss. Einigen konnte man sich jedoch auf zwölf Forderungen, welche den Weg in die «Nallur Deklaration» fanden. So forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben der Landrückgabe auch Entschädigung, Hilfe beim Wiederaufbau der Häuser, Unterstützung bei der Wiederaufnahme der traditionellen Existenzgrundlage und ein Ende der Überwachung durch die Sicherheitskräfte. Die «Nallur Deklaration» wurde am 4. April beim Nallur Tempel in Jaffna den Medien präsentiert.

Texte: Yves Bowie, GfbV-Kampagnenleiter Sri Lanka



### IGNORANZ IST GIFT: RESPEKT UND ANERKENNUNG FÜR ROMA!

Die Roma gehören seit 600 Jahren zur Schweizer Realität. Trotzdem sind ihre Kultur und Verfolgungsgeschichte wenig bekannt. Dies führt dazu, dass Vorurteile und Klischees über Roma in der Schweiz immer noch unhinterfragt weitergegeben werden. Unter dem Slogan «Detox Switzerland» organisierte die GfbV zusammen mit Roma-Organisationen am 6. April einen Aktionstag für mehr Respekt und Anerkennung der Roma in der Schweiz. Gemeinsam mit dem Roma Jam Session art Kollektiv (RJSaK) wurde auf dem Waisenhausplatz in Bern der «Detox Dance» aufgeführt, um das Verhältnis zwischen der Schweizer Mehrheitsbevölkerung und den Roma symbolisch zu entgiften. Anschliessend fand ein Rundgang zu verschiedenen Schweizer Institutionen statt. Er thematisierte vor öffentlichen Gebäuden wie etwa Polizei und Bundesarchiv die toxischen Beziehungen zwischen den Roma und der Schweiz.

Zu den Anliegen der Roma in der Schweiz gehören neben der Anerkennung auch mehr Engagement durch Behörden und Politik gegen Rassismus, die Aufarbeitung der Schweizer „Zigeunerpolitik“, eine nicht pauschalisierende Berichterstattung durch die Medien sowie Engagement seitens der Polizei gegen Racial Profiling. Zu diesen und weiteren Themen fand am Abend eine Podiumsdiskussion statt, um die Beziehung der Roma und der Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart zu thematisieren. Die Veranstaltung bot eine wertvolle Plattform für Diskussionen und den Austausch von Erfahrungen zwischen Roma-Vertretern und Vertreterinnen, Politik und Behörden, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Text: Vanessa Salamanca, Praktikantin Kommunikation

▶ Video vom Roma-Aktionstag:  
[www.gfbv.ch/roma](http://www.gfbv.ch/roma)



Foto: © Franziska Rothenbühler



## «Unsere Organisation soll kühn und mutig bleiben»



*Während 16 Jahren hat Ruth-Gaby Vermot die GfbV als Präsidentin mit Professionalität und Herzblut begleitet und sie zu einer bekannten und respektierten Menschenrechtsorganisation gemacht. Zum Abschied blickt sie in Vergangenheit und Zukunft.*

### Ruth-Gaby, wo steht die GfbV heute als Organisation?

Sie ist inhaltlich, finanziell und organisatorisch bestens aufgestellt und wächst stetig. Das braucht sie dringend, denn die Menschenrechte kommen immer mehr unter Druck: US-Präsident Trump will sie abschaffen, in der Türkei soll die Todesstrafe wieder eingeführt werden, und in der Schweiz will die SVP mit ihrer Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» die europäische Menschenrechtskonvention aushebeln. Aber die Menschenrechte sind und bleiben eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben.

### Wo stand die Organisation, als du Präsidentin wurdest?

Als ich fürs Präsidium angefragt wurde, war ich National- und Europarätin. Die Themen der GfbV entsprachen auch meinen politischen Themen. Die GfbV war damals eine kleine Projekt-Organisation in Aufbruchsstimmung. Thematisch standen der Bosnienkrieg im Zentrum, die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und der Kampf gegen die Straflosigkeit. Mit dem heutigen Geschäftsführer Christoph Wiedmer wurde die GfbV zu einer Kampagnenorganisation, die rasch auf und Menschenrechtsverletzungen weltweit reagiert. Damals wie heute gilt: Wir handeln sorgfältig und arbeiten mit Partnerorganisationen auf Augenhöhe, wir vernetzen uns international und lokal.

### Was war schwierig während deiner Zeit als Präsidentin?

Dass ein ehemaliger Mitarbeiter im grossen Stil Gelder der GfbV veruntreute, war eine schlimme Erfahrung. Doch wir haben diese Krise dank intensiver Zusammenarbeit zwischen Vorstand, Team und Geldgebern gemeistert und sind gestärkt daraus hervorgegangen. Wir konnten finanziell aufholen, unsere Strukturen verbessern und unseren Mitgliedern und Geldgeberinnen beweisen, dass wir ihr Vertrauen verdienen.

### Was sind aktuelle Herausforderungen?

Die aktuellen Kampagnen zu Roma, zu Sri Lanka und Gold sind öffentlich prominent. Das hilft. Die GfbV muss sich überlegen, wie sie auch in ganz schwierigen Situationen ihre Arbeit weiterführen kann: Etwa die Lage der Uiguren oder die Situation in Tschetschenien verlangen nach einer langfristigen und sorgfältigen Netzwerkarbeit im Hintergrund – hier ist die laute Kampagnenarbeit derzeit kaum möglich. Auch finanziell bleibt die Herausforderung gross: Politische Menschenrechtsarbeit kostet; Geberinnen und Mitglieder müssen immer wieder neu sensibilisiert werden. Und die GfbV muss trotz vielen Ungewissheiten ihren Themen treu bleiben – ihr Name ist Programm.

### Was sind bisherige Erfolge?

Mit der Goldkampagne haben wir erreicht, dass das Thema «schmutziges Gold» in der Öffentlichkeit bekannt ist. Die Goldkette und der Ring am Finger glänzen nicht mehr so schön! Mit der Kampagne zu Roma, Jenischen und Sinti fordern wir, dass auch die Schweiz zu ihren Minderheiten Sorge tragen muss. Mit der Sri Lanka-Kampagne deckte die GfbV auf, dass mehrere Tamilen, die unter Zwang nach Sri Lanka zurückgeführt worden waren, bei der Ankunft verhaftet und gefoltert worden waren. Die Folge: Für fast ein ganzes Jahr wurden keine Tamilen mehr unter Zwang zurückgeführt, und auch heute noch ist die Praxis verschärft. Zu den Erfolgen in der Vergangenheit gehören sicher auch die Fertigstellung des Tschetschenienarchivs, die Schliessung eines Flüchtlingslagers auf einer Bleimine in Kosovo und dass das Schweizer Parlament den Genozid an den Armeniern anerkannt hat.

### Was wünschst du der Organisation, die du verlässt?

Ich wünsche der GfbV, dass sie kühn, standfest und mutig bleibt. Ihre Stimme für Minderheiten und indigene Völker muss laut und deutlich zu hören sein. Zudem wünsche ich der GfbV und ihren Mitarbeitenden weiterhin sowohl Lust an der Provokation als auch Sachlichkeit, Widerstand gegen politische Bequemlichkeit und nicht zuletzt eine treue Mitgliedergemeinde und die nötigen finanziellen Mittel.

*Interview: Dominique Schärer, Kommunikationsverantwortliche GfbV*

## ÜBERGANG IM VORSTAND

Während 16 Jahren hat Ruth-Gaby Vermot, ehemalige National- und Europarätin, die GfbV als Präsidentin begleitet. An der Mitgliederversammlung wurde sie gebührend verabschiedet und zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt. Vize-Präsident Göpf Berweger wird wenn nötig präsidiale Funktionen übernehmen.